

**abgeschlossen am
21. September 2003**

	<u>Seite</u>
1. Scharfe Kritik an Bushs Irak-Politik im Congress	1
2. Haushaltsbewilligung 2004 verzögert sich	3
3. Senat gegen Deregulierung des Mediensektors	4
4. Neue Debatte um Energieversorgungsgesetz nach Stromausfall	5
5. Ashcroft wirbt für verschärfte Sicherheitsgesetze	6
6. Schwierige Verhandlungen über Medikamenten-Zusatzversicherung	7
7. Rekordmarke für Haushaltsdefizit prognostiziert	8
8. Bush zieht Nominierung Estradas für Richteramt zurück	9
9. Präsidentschaftswahlen: General Wesley Clark erklärt Vorwahlkandidatur	10

9/2003

1. Scharfe Kritik an Bushs Irak-Politik im Congress

Nach ihrer Rückkehr aus der Sommerpause haben die Demokraten im Congress massive Kritik an der Irak-Politik der Administration geübt und den Präsidenten scharf angegriffen. Die Fraktionsvorsitzende der Demokraten im Repräsentantenhaus, Nancy Pelosi (Cal.), warf Bush vor, dass er über „keinen zuverlässigen Plan“ für den Irak verfüge. Ähnlich äußerten sich im Senat prominente Demokraten wie Patrick J. Leahy (Vt.) und Joseph R. Biden (Del.), die dem Präsidenten Konzeptlosigkeit bescheinigten. „Die Wiederaufbaubemühungen im Irak“, so Robert C. Byrd, der führende Demokrat im Bewilligungsausschuss des Senats, „kosten das amerikanische Volk eine Milliarde Dollar pro Woche.“ Sie „kosten das Leben amerikanischer Soldaten und das von Zivilisten aus vielen Nationen“, weshalb ein sofortiger Kurswechsel zu erfolgen habe.

Noch einen Schritt weiter ging Edward M. Kennedy (D-Mass.), der den Irak-Konflikt samt und sonders als „Schwindel“ (*fraud*) bezeichnete. Eine „tatsächliche Bedrohung“ durch das Regime Saddam Husseins, so der liberale Demokrat Mitte September 2003, habe nicht bestanden. Vielmehr sei der Konflikt „in Texas erfunden worden“. Kennedy drohte mit Mittelkürzungen durch den Congress, falls der Präsident bis Ende Oktober nicht erklärt habe, wie er „den Frieden gewinnen will“.

Im Irak sind seit dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen am 1. Mai 2003 inzwischen mehr amerikanische Soldaten ums Leben gekommen als während des Krieges selbst. Gleichzeitig sind die Kosten der militärischen Intervention enorm in die Höhe geschwellt.

So hat Präsident Bush am 7. September 2003 zusätzlich zu den vom Congress im Rahmen eines Ergänzungshaushalts im April 2003 bereits bewilligten 78,5 Mrd. USD Mittelzuweisungen in Höhe von 87 Mrd. USD für den Wiederaufbau des Irak beim Congress beantragt.

Der Chef der amerikanischen Zivilverwaltung im Irak, Paul Bremer, hat in diesem Zusammenhang erklärt, dass es jenseits der etwa 4 Mrd. USD, die monatlich für die Unterhaltung der amerikanischen Besatzungstreitkräfte im Irak erforderlich sind, enormer finanzieller Aufwendungen bedarf, um die Infrastruktur des Irak wieder aufzubauen und die Wirtschaft zum Leben zu erwecken. Allein der Aufbau eines Trinkwassersystems würde laut Bremer bis zu 16 Mrd. USD kosten, wobei die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen im Irak auch perspektivisch nicht durch die Einnahmen aus irakischen Ölverkäufen gedeckt werden könnten.

Die amerikanische Öffentlichkeit hat auf Bushs Forderung nach zusätzlichen Mitteln in Höhe von 87 Mrd. USD für den Irak angesichts des dramatisch wachsenden Haushaltsdefizits (vgl. Punkt 7) mit Irritation und Ablehnung reagiert.

Folgt man einer *Washington Post*-/*ABC News*-Umfrage von Mitte September 2003, dann lehnt eine Mehrheit der Amerikaner die neuen Mittelforderungen des Präsidenten

für den Irak ab. Gleichzeitig ist die Zustimmung zur Außenpolitik Bushs im Allgemeinen deutlich zurückgegangen. So unterstützen nur noch 52 Prozent der breiten Öffentlichkeit die Außenpolitik des Präsidenten (gegenüber 75 Prozent direkt nach dem Ende des Irak-Krieges). Zwar spricht sich die Mehrheit der Befragten dafür aus, das amerikanische Truppenengagement im Irak fortzusetzen. Gleichzeitig äußern aber 55 Prozent Zweifel daran, dass die Administration einen klaren Plan verfolgt, und 85 Prozent befürchten, dass die USA in eine lange und teure Truppenpräsenz im Irak verstrickt werden könnten. Die Umfrageergebnisse spiegeln die zunehmende Unzufriedenheit der amerikanischen Öffentlichkeit mit der Irak-Politik der Bush-Administration wider.

Zusätzlichen innenpolitischen Zündstoff birgt das Thema für den Präsidenten auch durch die bis zu zwölfmonatige Stationierung von Reserveeinheiten der *National Guard* im Irak, die auf die wachsende Ablehnung der betroffenen Familien stößt. Der Kommandeur der *Army Reserves*, General James R. Helmly, musste in diesem Zusammenhang einräumen, dass die Informationspolitik des Verteidigungsministeriums inadäquat gewesen ist und Senator Bill Nelson (D-Fla.) kündigte nach einem Gespräch mit Familienangehörigen an, dass er die Nominierung von James G. Roche als *Secretary of the Army* solange blockieren will, bis der Stationierungszeitraum von Angehörigen der *National Guard* im Irak verkürzt wird.

Auf dem Hintergrund der zunehmenden gesellschaftlichen Kritik am Irak-Engagement der USA verwundert es nicht, dass auch in den Reihen der Republikaner im Congress die Skepsis gegenüber der Irak-Politik Präsident Bushs wächst.

So verlangte Pete Domenici (R-N.M.), Vorsitzender des Energieausschusses im Senat, klare Signale von der Administration, wie die Situation in einer längerfristigen Perspektive „gehandhabt“ werden soll. Sein Fraktionskollege John McCain (Az.) warnte davor, dass „ernsthafte Probleme bevorstehen“, wenn es der Administration nicht gelingt, die Situation „in den nächsten Monaten“ grundsätzlich zu verbessern. Richard G. Lugar (R-Ind.), der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat, sprach von „unzureichender Planung“ und forderte „zwingendere“ Schritte der Administration in der Irak-Politik. Dahinter verbirgt sich die Sorge, dass sich die Entwicklung im Irak zu einer ernstzunehmenden Belastung für die Wiederwahlchancen Präsident Bushs in den Präsidentschaftswahlen 2004 entwickeln könnte.

Nach dem 11. September 2001 hatte sich der Congress ohne Wenn und Aber hinter den Präsidenten gestellt und ihm jede erdenkliche überparteiliche Unterstützung bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zugesagt. Das galt auch für die Ermächtigung des militärischen Gewalteinsatzes gegen den Irak, wobei es Bush gelang, die Agenda fast nach Belieben zu dominieren (vgl. CR 10/2002, S. 1), so dass es die Demokraten lange nicht wagten, sich in der Außen- und Sicherheitspolitik gegen den Präsidenten zu stellen (vgl. CR 1/2003, S. 4).

Diese Phase der Überparteilichkeit scheint nun vorüber. Zwar gibt es (noch) keine Anzeichen dafür, dass die amerikanische Öffentlichkeit Bushs Amtsführung im Weißen Haus grundsätzlich in Frage stellt. Dennoch hat der Präsident gegenüber den Demo-

kraten vor allem mit Blick auf innenpolitische Themen an Zustimmung eingebüßt. Das gilt sowohl für seine Kompetenz in der Wirtschaftspolitik, als auch in der Gesundheits- und Energiepolitik, wo die Umfragewerte einer Untersuchung von *Princeton Survey Research* vom August 2003 zu Folge erstmals wieder den Demokraten die größere Kompetenz zuweisen.

Inwieweit sich auch die explodierenden Kosten der Irak-Intervention zu einer politischen Hypothek für den Präsidenten entwickeln werden, bleibt abzuwarten. Manches dürfte auch davon abhängen, inwieweit es Bush gelingt, die mit der Stabilisierung des Irak verbundenen Kosten längerfristig in einen multilateralen Kontext zu stellen.

2. Haushaltsbewilligung 2004 verzögert sich

Nachdem im Senat noch sieben von insgesamt 13 Bewilligungsgesetzen für das Haushaltsjahr 2004, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2003 beginnt, offen sind, müssen sich beide Kammern nun Not gedungen auf einen Überbrückungshaushalt verständigen. Er schreibt den Bundeshaushalt in Form einer *Continuing Resolution* auf der Höhe des Vorjahres fort, bis die Bewilligungsgesetzgebung in den noch ausstehenden Bereichen

- *Agriculture*,
- *Commerce, Justice, State and the Judiciary*,
- *District of Columbia*,
- *Foreign Operations*,
- *Interior*,
- *Transportation and Treasury* sowie
- *Veterans, Housing, NASA and EPA*

abgeschlossen ist.

Insgesamt ist im Senat mit einer parteipolitisch verschärften Auseinandersetzung zu rechnen, wobei sich die Demokraten auf Grund verbesserter Umfragewerte ermutigt sehen dürften, die Republikaner in den Bereichen Wirtschafts-, Gesundheits- und Energiepolitik herauszufordern. Sprachen im Februar 2003 einer Untersuchung von *Princeton Survey Research* zu Folge noch 55 Prozent der Befragten Präsident Bush die größere Kompetenz in der Wirtschaftspolitik (gegenüber 29 Prozent für die Demokraten) zu, hat sich dieser Wert im August 2003 mit 45 Prozent zu Gunsten der Demokraten (gegenüber 36 Prozent für Bush) gedreht. Gleiches gilt für die Gesundheitspolitik, wo im Februar 45 Prozent, im August aber nur noch 31 Prozent Bushs Politikansatz für besser hielten, während die Demokraten statt 36 nun 47 Prozent Zustimmung ernten konnten. Auch in der Energiepolitik (vgl. Punkt 4) hat sich die Wahrnehmung zu Gunsten der Demokraten (von 33 Prozent im Februar auf 42 Prozent im August 2003) verbessert (Bush 46 Prozent im Februar und 33 Prozent im August), so dass stärkere programmatische Abgrenzungen der Fraktionen im Senat die Folge sein dürften.

Einem zügigen Abschluss des Haushaltsbewilligungsprozesses ist das nicht förderlich, auch wenn es dem Congress seit Verabschiedung des derzeit geltenden Haushaltsbewilligungsprozesses im Jahr 1974 ohnehin nur dreimal gelungen ist, sämtliche Bewilligungshaushalte bis zum rechnungstechnischen Beginn des Haushaltsjahres am 1. Oktober zu verabschieden.

3. Senat gegen Deregulierung des Mediensektors

Der Senat hat am 17. September 2003 mit 55 gegen 40 Stimmen eine Resolution verabschiedet, die sich gegen die von der *Federal Communications Commission (FCC)* erlassenen Richtlinien zur Besitzkonzentration im Mediensektor ausspricht.

Für die Resolution stimmten neben 42 Demokraten auch 12 Republikaner sowie der unabhängige Senator Jim Jeffords (Vt.). Dagegen sprachen sich 38 Republikaner und zwei Demokraten aus.

Die neuen Richtlinien waren unter dem von Präsident Bush ernannten Vorsitzenden der FCC, Michael K. Powell, ausgearbeitet worden und wurden Anfang Juni 2003 von der Kommission mit den 3 Stimmen der republikanischen Mitglieder gegen die 2 der demokratischen Mitglieder angenommen.

Die Novelle zielt auf eine Lockerung der Beschränkungen der Besitzkonzentration im Mediensektor ab und sieht insbesondere vor, dass

- ein Unternehmen in einem lokalen Markt bis zu 3 TV-Stationen, 8 Radiosender, eine Zeitung sowie einen Kabelanbieter kontrollieren kann und
- die nationale Obergrenze für den Besitz von TV-Sendern durch ein Unternehmen von 35 auf 45 Prozent Zuschauerreichweite gesteigert werden kann.

Die Kritiker der Auflockerung der FCC-Richtlinien befürchten, dass eine weitere Konzentration im Mediensektor die Vielfalt des Informationsangebots in Frage stellt und einzelne Märkte zunehmend durch Monopole kontrolliert werden.

Die Befürworter der umstrittenen Neuregelung dagegen argumentieren, dass das verbreiterte Informationsangebot und die Verfügbarkeit alternativer Kommunikationskanäle etwa über Satelliten und das Internet eine wirtschaftlich gebotene Konsolidierung ohne gravierende Einschnitte in die Medienvielfalt erlauben.

Ungeachtet der überparteilichen Kritik an der FCC, die von so unterschiedlichen Interessenorganisationen wie der *National Organization of Women*, Vertretern kirchlicher Gruppen und der *National Rifle Association* unterstützt wird, bleibt offen, ob der Congress die FCC-Entscheidung schlussendlich blockieren kann.

Das Repräsentantenhaus hat sich zwar ebenfalls gegen die Entscheidung der FCC ausgesprochen. Doch über die Zulassung der (ablehnenden) Senatsresolution zur Abstimmung im Repräsentantenhaus entscheidet *Speaker* Dennis Hastert (R-Ill.), der dies allerdings bisher ablehnt. Präsident Bush hat darüber hinaus sein Veto angekündigt.

4. Neue Debatte um Energieversorgungsgesetz nach Stromausfall

Die festgefahrene Debatte um ein Gesetz zur Sicherung der nationalen Energieversorgung ist nach dem flächendeckenden Stromausfall in mehreren Staaten im Nordosten der USA Mitte August 2003 erneut in Bewegung gekommen.

Der massive Blackout, der in Teilen der betroffenen Staaten länger als einen Tag andauerte, hat der Öffentlichkeit die Schwachstellen des Stromversorgungsnetzes plastisch vor Augen geführt und den Druck erhöht, einen tragfähigen Kompromiss in dem lang anhaltenden Streit um die Energiepolitik auszuhandeln.

Präsident Bush hatte nach seinem Amtsantritt eine Energie-Kommission unter der Leitung von Vizepräsident Dick Cheney eingesetzt, die bereits im Mai 2001 einen Bericht vorgelegt hat, der unter anderem mehrere Empfehlungen zur Modernisierung der regionalen Stromleitungssysteme unter Bundesaufsicht enthielt.

Der auf der Basis der Kommissionsempfehlungen ausgearbeitete Gesetzesentwurf fand jedoch in beiden Kammern des Congress keine Mehrheit (vgl. CR 4/2003, S. 4).

Umstritten ist vor allem die Öffnung des *Arctic National Wildlife Refuge (ANWR)* in Alaska für die Öl- und Gasförderung, die nach den Vorstellungen konservativer Republikaner einen erheblichen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung leisten soll. Dagegen halten vor allem die Demokraten, die auf den geringen Umfang der dortigen Ölreserven und die zu erwartenden langfristigen Schädigungen der Naturschutzgebiete hinweisen, vehement an den bestehenden Restriktionen fest.

Der Vorsitzende des *Senate Energy and Natural Resources Committee*, Pete Domenici (R-N.M.), hat mittlerweile deutlich gemacht, dass er in den Verhandlungen des eingesetzten Vermittlungsausschusses auf einer Ausklammerung der ANWR-Öl- und Gasförderung bestehen will.

Die Bush-Administration hat in öffentlichen Statements durchblicken lassen, dass sie im Interesse einer schnellen Annahme die Ausklammerung von ANWR akzeptieren könnte, obwohl damit einer der zentralen Eckpfeiler des Energiekonzepts des Präsidenten fehlt und als Einzelvorschlag kaum durchsetzungsfähig ist.

Ungeachtet der Klagen von Demokraten, sie seien in den Verhandlungen über die anderen Streitpunkte an den Rand gedrängt worden, dürfte es ohne das Reizthema Naturschutz schwer werden, eine weitere Blockade des Gesetzes durchzuhalten.

5. Ashcroft wirbt für verschärfte Sicherheitsgesetze

Justizminister John Ashcroft hat Ende August 2003 in mehreren Reden für die Beibehaltung und weitere Verschärfung der nach den Terroranschlägen des September 2001 beschlossenen Sicherheitsmaßnahmen geworben.

Nach wachsender Kritik an Ashcrofts Werbetour durch die USA hat sich Präsident Bush in einer Rede am Vorabend des Jahrestages der September-Anschläge ebenfalls für eine drastische Ausweitung der Ermittlungskompetenzen der Behörden und eine Erhöhung der Strafen für bestimmte Vergehen ausgesprochen.

Die konzertierte Aktion der Administration soll zum einen der zunehmenden Skepsis unter Bürgerrechtsgruppen wie in den Fraktionen beider Parteien im Congress an zentralen Elementen des *Patriot Act* vom Oktober 2001 (vgl. CR 10/2001, S. 1) begegnen, zum anderen die Bemühungen um neue Gesetzesvorhaben flankieren.

Eine von Orrin Hatch (R-Utah) und vier seiner Senatskollegen im Sommer 2003 vorbereiteten Gesetzesvorlage (*Victory Act*), die vom Justizministerium in die Diskussion eingebrachte Maßnahmen aufgreift, sieht insbesondere vor:

- die Strafen für Drogendealer, die mit Terrorgruppen in Verbindung stehen, deutlich zu erhöhen,
- die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur Beschlagnahmung von Unterlagen und Finanzmitteln auszuweiten, sowie
- die elektronische Überwachung von Verdächtigen im Bereich des „narcoterrorism“ zu erleichtern.

Bush hat sich darüber hinaus für die Einführung der Todesstrafe im Zusammenhang mit der Finanzierung terroristischer Aktivitäten, die Möglichkeit der Inhaftierung ohne Option auf Freilassung auf Kautions sowie generell ausgeweitete Vernehmungsrechte stark gemacht.

Die Chancen für eine breit angelegte Verschärfung der Sicherheitsgesetze stehen im Congress gegenwärtig allerdings nicht günstig. Selbst in den republikanischen Fraktionen mehren sich die Stimmen, die einzelne Komponenten der bereits beschlossenen Sonderkompetenzen der Ermittlungsbehörden in Frage stellen.

So hat das Repräsentantenhaus schon im Juli eine Vorlage angenommen, welche die im *Patriot Act* gewährten Ermittlungsrechte teilweise wieder zurücknimmt. Geführt wird die republikanische Opposition im Repräsentantenhaus von konservativen Abgeordneten wie Butch Otter (R-Idaho). Otter hatte 2001 als einer von nur drei republikanischen Abgeordneten gegen die Annahme des *Patriot Act* gestimmt.

Gegenüber ihren Kritikern beruft sich die Administration auf die Erfolge in der Terrorismusbekämpfung und die breite Akzeptanz des *Patriot Act* in der Bevölkerung. Angesichts der Einwände aus allen Lagern sah sich der Justizminister im September jedoch zu einem ungewöhnlichen Schritt veranlasst und gab bekannt, dass das vielfach kritisierte Recht zur Beschlagnahmung der Ausleihunterlagen von öffentlichen Bibliotheken bisher in keinem Fall ausgeübt worden ist.

6. Schwierige Verhandlungen über Medikamenten-Zusatzversicherung

Die Verhandlungen des Vermittlungsausschusses des Congress, der eine gemeinsame Vorlage für eine Medikamenten-Zusatzversicherung unter Medicare, der Bundeskrankenversicherung für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke, ausarbeiten soll, erweisen sich erwartungsgemäß als äußerst schwierig.

Repräsentantenhaus und Senat haben Ende Juli 2003 unterschiedliche Versionen einer Medikamenten-Zusatzversicherung verabschiedet, die in wesentlichen Punkten voneinander abweichen (vgl. CR 7-8/2003, S. 4).

Obwohl beide Kammern für das neue Programm einen Ausgabenrahmen von 400 Mrd. USD in den ersten 10 Jahren angesetzt haben, unterscheiden sich die Vorlagen in der Ausgestaltung der konkreten Versicherungsleistungen und -beiträge. Darüber hinaus sind einzelne Zusatzbestimmungen des Gesetzes hochkontrovers.

Konservative Republikaner lehnen vor allem die in der Senatsvorlage enthaltene Bestimmung ab, dass *Medicare* in Regionen als Anbieter einspringen soll, in denen weniger als zwei private Versicherungen am Markt vertreten sind.

Reformliberale Demokraten wollen demgegenüber verhindern, dass die in der Vorlage des Repräsentantenhauses vorgesehene Öffnung von *Medicare* ab 2010 für private Konkurrenten durchgesetzt wird.

Während der Sitzungspause des Congress im August gelang es den Stabsmitarbeitern der zuständigen Ausschüsse nunmehr, eine Einigung in einer der umstrittenen Fragen vorzubereiten.

Der vom Vermittlungsausschuss Anfang September dann angenommene Drug-Card-Kompromiss sieht insbesondere vor, dass

- private Unternehmen unter Bundesaufsicht gegen einen Höchstbeitrag von 30 USD pro Jahr Rabattkarten anbieten können, die Preisnachlässe für Medikamente von 10 bis 25 Prozent gewährleisten sollen,
- einkommensschwache Senioren, die nicht durch *Medicaid* abgedeckt sind, vom Bund mit bis zu 600 USD pro Jahr subventioniert werden und
- die Zuzahlungen für Senioren mit Einkommen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze (ca. 9.000 USD pro Jahr für Alleinstehende) auf 5 Prozent und für Einkommen bis zu 135 Prozent der Armutsgrenze auf 10 Prozent der Kosten begrenzt werden sollen.

Ungeachtet der von allen Seiten begrüßten Fortschritte in den Verhandlungen über das Begleitprogramm haben jedoch die verschiedenen ideologischen Lager zugleich ihre Grundpositionen bekräftigt.

Während die Demokraten bereits im August deutlich gemacht haben, dass ein Abweichen von der in der Senatsvorlage vorgezeichneten Kompromisslinie die Verabschiedung der Zusatzversicherung in Frage stellen würde, haben sich Mitte September erneut konservative Congress-Mitglieder zu Wort gemeldet.

In einem offenen Brief an *Speaker* Dennis Hastert (R-III) haben 13 republikanische Abgeordnete angekündigt, gegen die Medikamenten-Zusatzversicherung stimmen zu wollen, wenn die Öffnung von Medicare für private Anbieter ab 2010 aus der Gesetzesvorlage herausgenommen wird.

Das Repräsentantenhaus hatte seine Version der Zusatzversicherung mit der denkbar knappen Mehrheit von 216 gegen 215 Stimmen verabschiedet.

Präsident Bush hat, obwohl er grundsätzlich die konservative Variante der Reform favorisiert, bereits deutlich werden lassen, dass er einen zwischenparteilichen Kompromiss für unumgänglich hält. Dennoch hat sich die Administration bisher nicht in die Verhandlungen eingeschaltet.

Für die Wiederwahlstrategie Bushs sind Erfolge in der Sozial- und Bildungspolitik angesichts der wirtschaftlichen wie sicherheitspolitischen Problemlagen von zentraler Bedeutung. Aber nicht zuletzt angesichts der dramatisch wachsenden Haushaltsdefizite (vgl. Punkt 7) mehren sich die konservativen Stimmen, die ein Scheitern der Verhandlungen um das kostspielige neue Bundesprogramm als wünschenswert bezeichnen.

7. Rekordmarke für Haushaltsdefizit prognostiziert

Das *Congressional Budget Office* (CBO) hat Ende August 2003 neue Prognosen zur Defizitentwicklung im amerikanischen Bundeshaushalt vorgelegt, die davon ausgehen,

dass statt eines Haushaltsüberschusses von bis zu 5,6 Billionen USD zwischen 2002 und 2011, wie noch im Jahr 2001 angenommen, nun mit einem Haushaltsdefizit von 1,4 Billionen USD bis zum Jahr 2013 zu rechnen ist.

Während das CBO für das laufende Haushaltsjahr 2003, das rechnungstechnisch am 30. September endet, mit einem Defizit von 401 Mrd. USD rechnet, geht es

- für 2004 von einem Minus im amerikanischen Bundeshaushalt von 480 Mrd. USD aus, dem bisher höchsten Defizit in der amerikanischen Geschichte.

Für 2005 rechnet das CBO mit einem Defizit von 341 Mrd. USD (2006: 225 Mrd. USD; 2007: 203 Mrd. USD; 2008: 197 Mrd. USD).

Dabei sind die den Haushaltsprognosen zu Grunde gelegten Annahmen für das Wirtschaftswachstum und die Arbeitslosenziffern insgesamt optimistisch. So rechnet CBO im nächsten Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 3,8 Prozent, erwartet allerdings keine nennenswerte Senkung der Arbeitslosenrate, die gegenwärtig bei 6,2 Prozent liegt.

Insgesamt warnte das Haushaltsbüro im Congress vor einer noch weit dramatischeren Defizitentwicklung im amerikanischen Bundeshaushalt, sollten die von der Bush-Administration durchgesetzten Steuersenkungen langfristig beibehalten und die geplante Medikamenten-Zusatzversicherung unter *Medicare* realisiert werden.

8. Bush zieht Nominierung Estradas für Richteramt zurück

Präsident Bush hat die Nominierung von Miguel A. Estrada, den er vor zwei Jahren und drei Monaten für den *U.S. Court of Appeals* im Gerichtsbezirk *District of Columbia* nominiert hatte, zurückgezogen. Estrada hatte den Präsidenten mit einem Schreiben vom 4. September 2003 darum ersucht, nachdem klar geworden war, dass die republikanische Mehrheit im Senat eine Blockade der Nominierung Estradas durch die Demokraten mittels *filibuster* nicht würde brechen können.

Zwar bedarf die Nominierung von Bundesrichtern und allen sonstigen Beamten der Vereinigten Staaten nur der Zustimmung des Senats mittels einfacher Mehrheit. Allerdings braucht es laut Geschäftsordnung des Senats auch eine Mehrheit von Dreifünftel (60 Stimmen), um mittels *cloture* ein *filibuster* gegen eine solche Abstimmung zu brechen.

Ein entsprechender Versuch war im ersten Anlauf Anfang März 2003 ebenso gescheitert wie sechs weitere Versuche der Republikaner, die im Senat gegenwärtig über die denkbar knappe Mehrheit von 51 Sitzen verfügen und denen es nicht gelang, mehr als 4 Stimmen aus den Reihen der Demokraten für ein solches *cloture* zu gewinnen.

Majority Leader Bill Frist (R-Tenn.) hat zwischenzeitlich eine Änderung der Geschäftsordnung des Senats angekündigt, der das *Rules and Administration Committee* am 24. Juni 2003 bereits zugestimmt hat. Wann es allerdings zu einer diesbezüglichen Abstimmung im Senatsplenum kommen wird, ist noch nicht abzusehen, weil die republikanische Senatsfraktion in der Frage der Abschaffung des *filibuster* durch Änderung der Geschäftsordnung selbst gespalten ist.

Neben einer Abstimmung über die Bestätigung von Estrada haben die Demokraten auch die anhängigen Nominierungen von William H. Pryor, Jr. und Priscilla Owen für ein Richteramt im 11. bzw. 5. Gerichtsbezirk des *U.S. Court of Appeal* blockiert.

9. Präsidentschaftswahlen: General Wesley Clark erklärt Vorwahlkandidatur

General a.D. Wesley K. Clark hat Mitte September 2003 angekündigt, sich nun doch um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei für 2004 bewerben zu wollen.

Der nach dem Rückzieher Clarks im Frühjahr (vgl. CR 3/2003, S. 9) überraschende Antritt erhöht die Zahl der Bewerber in den demokratischen Vorwahlen auf 10 und verspricht den Vorwahlkampf ohne klaren Favoriten noch härter werden zu lassen.

Führende Demokraten begrüßten Clarks Bewerbung, der vor dem Hintergrund seiner militärischen Karriere und als profiliertes Kritiker der Irak-Politik der Bush-Administration geeignet scheint, die Glaubwürdigkeit der Partei in sicherheitspolitischen Fragen zu stärken. Erfahrungen in einem Wahlamt fehlen dem früheren Oberkommandierenden der NATO in Europa bislang jedoch.

Den Verlauf des demokratischen Vorwahlkampfes im Frühjahr und Sommer charakterisiert der Trend einer zunehmenden Aufspaltung des Kandidatenfeldes in eine breite Spitzengruppe und eine Gruppe von Außenseitern, denen kaum eine Chance einzuräumen ist.

Zur Führungsgruppe gehört neben dem Abgeordneten Richard Gephardt (Mo.) und den Senatoren John Kerry (Mass.) und Joe Lieberman (Conn.) mittlerweile auch Gouverneur Howard Dean (Vt.). Dean ist es in den zurückliegenden Monaten mit seiner harten Kritik an der Bush-Administration und der grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den Irak-Krieg gelungen, erhebliche Teile der aktiven Parteibasis hinter sich zu scharren und damit in die erste Reihe aufzurücken.

In aktuellen Meinungsumfragen erreichen die Kandidaten der Führungsgruppe zumeist Zustimmungswerte zwischen 10 und 20 Prozent, ohne dass sich einer der Bewerber vom Feld der Konkurrenten ablösen kann. Clark erzielte in einer *Gallup*-Umfrage von Mitte September aus dem Stand 10 Prozent Zustimmung.

Welchen Konkurrenten ein aktiver Wahlkampf Clarks die Unterstützung abgraben könnte, ist allerdings noch nicht abzusehen. Als Kriegskritiker und Kandidat, der nicht zum Washingtoner Partei-Establishment gehört, könnte er vor allem Dean schwächen. Sein sicherheitspolitisches Profil und seine Attraktivität für Wechselwähler bringt ihn dagegen in direkte Konkurrenz zu Kerry und Lieberman. Als dritter Südstaatler greift er auf die Unterstützungsbasis der ohnehin abgeschlagenen Senatoren John Edwards (N.C.) und Bob Graham (Fla.) zu.

Ob Clark ungeachtet seines breiten Appeals jedoch selbst die Nominierung gewinnen kann, bleibt fraglich. Seine erheblichen Defizite in der Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik sind schon in den ersten Interviews deutlich geworden. Einige Beobachter gehen deswegen weiterhin davon aus, dass sich Clark primär als Vizepräsidentenchaftskandidat oder Aspirant für ein führendes Amt profilieren will.

Für die demokratischen Vorwahlen, die nach wie vor unter einem merklichen Aufmerksamkeitsdefizit leiden, kann Clarks Kandidatur jedoch schon jetzt als Gewinn bezeichnet werden, da eine Belebung der Debatte und des öffentlichen Interesses zu erwarten ist.